



# ZENTRUM

Deutsche Zentrumspartei  
Älteste Partei Deutschlands - gegründet 1870  
Stadtverband Meerbusch

---

CHRISTLICH / SOZIAL / UNABHÄNGIG

Deutsche Zentrumspartei – Stadtverband Meerbusch  
c/o W. Müller – Am Meerkamp 26 – 40667 Meerbusch

**Wolfgang Müller**  
Stadtverbandsvorsitzender

Am Meerkamp 26  
40667 Meerbusch

Telefon: (0 21 32) 75 02 – 0  
Telefax: (0 21 32) 75 02 – 29  
E-Mail: [info@stb-wolfgang-mueller.de](mailto:info@stb-wolfgang-mueller.de)  
Web: [www.zentrumspartei-meerbusch.de](http://www.zentrumspartei-meerbusch.de)

## Haushaltsrede 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
sehr geehrte Damen und Herren von der Presse und zu guter Letzt,  
sehr geehrte Einwohner der Stadt Meerbusch,

jedes Jahr stellt sich bei der Aufstellung des Haushaltsplans doch eindeutig die Frage, mehr Einnahmen, mehr Sparen und gar Beides? Niedrige Zinsen sowie höhere Steuereinnahmen stellen an sich gute Rahmenbedingungen dar. Die Kooperation CDU/Grüne hat sich bereits im Haushalt 2011 und 2012 für höhere Gewerbe-, Hunde- sowie Grundsteuer A und B ausgesprochen. Dabei haben diese Parteien, übrigens beide in Düsseldorf im Landtag vertreten, bereits wissen müssen, dass seinerzeit, nämlich seit 2008 über eine Abundanzumlage diskutiert wurde.

Jetzt haben wir das Gesetz erst einmal und wissen nicht, wie eine Klage juristisch entschieden wird. Wir werden also einen Teil der seinerzeit beschlossenen Steuererhöhungen an finanziell kranke Städte abgeben müssen. Dabei erhalten wir doch über die kalte Progression mehr Einkommensteuer von den Steuerpflichtigen, welche die Hürde von 65.000,- bzw. 130.000,- € noch nicht überschritten haben. Hinzu kommen durch die Neubauten neue Einwohner Meerbuschs, welche u. U. für höhere Gewerbe-, Grund- bzw. Hundesteuer sorgen. Ich bin für die Zukunft sowohl gegen weitere Steuererhöhungen als auch gegen die Einführung neuer Steuern wie etwa Pferdesteuer o. ä.

Jetzt bleibt nur noch der Weg des Sparens.

In einem Artikel der RP vom 12.11.2013 heißt es: „so will die CDU sparen“.

Es scheint, in der Politik muss man nur eine gewisse Zeit warten, dann kommen die eigenen Sparvorschläge wieder zum Vorschein; dann aber überraschenderweise von einer anderen Partei, diesmal von der CDU und den Grünen.

Bereits im Herbst 2011 hatte ich für die Haushaltsberatungen 2012 den Vorschlag gemacht, jedes einzelne Fahrzeug, aus welcher Flotte auch immer, kostenmäßig zu überwachen, wann ein Verkauf bzw. eine Neuanschaffung sinnvoll ist.

Das Argument, heute erlöse ich noch einen angemessenen Kaufpreis, ist kaufmännisch vielleicht in der freien Wirtschaft sinnvoll, weil ich bei Neuanschaffung eine neue AFA geltend machen kann und somit über die Steuerersparnis einen Teil des Kaufpreises finanzieren kann. In der kommunalen Finanzwirtschaft muss ich eine Neuanschaffung immer mit dementsprechenden Steuer- und Gebühreneinnahmen finanzieren. Da geht es nicht darum um Gottes Willen Ausgaben zu produzieren, sondern gerade bei einem defizitären Haushalt Ausgaben runter zu schrauben. Das kann nur passieren, wenn die Wirtschaftsgüter so lange wie möglich genutzt werden.

Auch die Verschiebung von Straßensanierungen hatte ich bereits im Herbst 2011 vorgeschlagen, auch dies wurde seinerzeit mehrheitlich abgelehnt. Inzwischen haben wir aber durch diese Ablehnung zwei Jahre verloren, um Haushaltseinsparungen vorzunehmen.

Auch die SPD fordert immer wieder Steuer- und Abgabenerhöhungen, manchmal auch die Einführung einer neuen Steuer, wie die Pferdesteuer bzw. eine neue Abgabe wie Parkplatzgebühren oder die Erhöhung bereits bestehenden Steuern und Abgaben. Da können die Bürger ja noch ruhig schlafen, dass so etwas nicht beschlossen wurde, denn mit solchen Maßnahmen wird das Leben in Meerbusch immer teurer. Bei der FDP bin ich ja schon gewohnt, dass jedes Jahr bei deren Sparmaßnahmen die Feuerwehr daran glauben muss. Bisher war es ja so, dass keine zusätzlichen Fahrzeuge angeschafft werden sollten. Die Feuerwehr sollte sich schließlich die Fahrzeuge aus einer Nachbarkommune ausleihen, am liebsten noch ohne Entgelt.

Aber dieses Jahr kommt die FDP auf noch eine neue Idee und das schlägt in meinen Augen tatsächlich dem Fass den Boden aus. Man solle in Zukunft mit weniger Fahrzeugen zu einem Einsatzort ausrücken. Die FDP will sicherlich Treibstoff sparen. Ich weiß nicht, ob die FDP weiß, dass die meisten Feuerwehrleute in Meerbusch ehrenamtlich ihren Dienst verrichten und dafür kein Geld erhalten. Ich weiß wirklich nicht, ob die FDP sich der Tragweite überhaupt bewusst ist, wenn einer dieser Anträge beschlossen worden wäre. Ich habe im Gefühl die FDP hat gegenüber ihren Mitbürgern in dieser Hinsicht kein Verantwortungsbewusstsein, anders kann ich mir solche Anträge nicht vorstellen.

Auch im Bereich, energetisch in die Zukunft zu investieren, wurde mein Vorschlag vor zwei Jahren abgelehnt. Jetzt sind CDU und die Grünen plötzlich bereit auch dieses Thema in 2014 aktiver anzugehen. Im Übrigen wird die energetische Wohngebäudesanierung auch von der Landesregierung gefördert. Sie sollten sich einmal das Prinzip

**Kosten sparen – Umwelt schonen** vor Augen führen.

Es stellt sich mir die Frage, ist das Vermeiden von Schulden so bedeutsam, wie manche Politiker (hauptsächlich die FDP) behaupten?

**Schulden sind erst mal nichts Verwerfliches.** Die Frage ist aber: Wofür werden die Schulden aufgenommen? Für Kommunen ist es durchaus vertretbar Investitionen in die Zukunft zu machen, weil die Kommune damit wettbewerbsfähiger ist und ihre Attraktivität für Bürger und Unternehmen steigert. Gleichzeitig ist es natürlich wichtig, dass sich die Kommune Gedanken über die Rückzahlung des Kredites macht

Aber gerade heute, wo die Kreditaufnahme zinsmäßig so günstig ist, hätte ich mir etwas mehr Mut für Investitionen im energetischen Wohngebiet-Sanierungsbereich gewünscht.

Ich muss leider auch Kritik und Vorwürfe an die Verwaltung loswerden. Diese Kritik richtet sich ausschließlich an die Personen, die für die Jahresabschlüsse verantwortlich sind. In Meerbusch setzt der Bürgermeister für diese Tätigkeit einen Kämmerer ein. Wie ich festgestellt habe, verstößt dieser seit nunmehr 2007 gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchhaltung § 27

GemHVO. Um diese Fehler, die bisher jedes Jahr aufgetaucht sind zu berichtigen, werden externe Finanzkräfte wie ein Wirtschaftsprüfer bzw. eine Finanzkraft von der Stadt Neuss beschäftigt. Der Gesamtabschluss 2010 ist bis heute noch nicht fertiggestellt. Auch in diesem Fall wird gegen GemHVO verstoßen.

Aber warum erwähne ich das? Diese externen Kräfte kosten Geld, und sehr wahrscheinlich viel Geld und immer mehr Geld, weil kein Ende in Sicht ist.

Das belastet den Haushalt wohl auch weiterhin. Wir leben bei den Aussagen des Kämmers nur von Versprechungen. Es kann natürlich auch sein, dass der Kämmers sich immer wieder nur versprochen hat.

Wolfgang Müller  
Rats Herr der Stadt Meerbusch  
Landesschatzmeister  
der Deutschen Zentrumspartei NRW